

HAT KAMBODSCHA EINE ZUKUNFT?

Versuch einer Bilanz nach dreijähriger Besetzung durch
Vietnamesische Truppen

Rudolf G. Adam*

Drei Jahre, nachdem vietnamesische Truppen Kambodscha überrannt und besetzt haben und eine von Vietnam eingesetzte Regierung in Phnom Penh an die Macht gelangt ist, scheint die Lage in Indochina weiter als je zuvor von einer Legitimitätsstiftenden Lösung entfernt zu sein. Zwar ist das Problem der Zukunft Kambodschas auf drei Generalversammlungen der Vereinten Nationen und von einer speziell einberufenen Kambodschakonferenz (13.-17. Juli 1981) eingehend debattiert worden, doch haben diese im wesentlichen ergebnislosen Diskussionen nur die klassische Pattsituation dokumentiert, in welche sich die Beteiligten an diesem Konflikt hineinmanövriert haben, eine Situation, in der keiner der Beteiligten eine Lösung in seinem Sinne erzwingen kann, gleichzeitig jedoch hinreichend stark ist, um jeden Lösungsansatz, der den eigenen Interessen zuwider läuft, zu verhindern.

Am Schicksal Kambodschas bzw. Indochinas kondensiert sich der globale Gegensatz verschiedener Machtinteressen und Ideologien. Nach wie vor wird das Geschehen in Indochina nicht so sehr von den innerhalb der Region agierenden Kräften und Interessen geprägt als vielmehr von den Absichten und Machtinteressen von großen außerregionalen Staaten. Verdichtete sich bis 1975 im Vietnamkrieg der ideologische Antagonismus zwischen den sogenannten "freiheitlichen Demokratien" auf der einen Seite und einem bis 1975 immer noch überwiegend monolithisch gesehenen "weltrevolutionären Kommunismus", so konzentriert sich gegenwärtig in

* Der Verfasser benutzt durchweg die überkommene neutrale geographische Bezeichnung "Kambodscha". Nur dort, wo Gründe der politischen Klarheit es erfordern, wird der Name "Kampuchea" verwandt.

Die in diesem Artikel geäußerten Meinungen geben ausschließlich die persönlichen Auffassungen des Verfassers wieder (die Redaktion).

der Konfrontation zwischen Vietnam und Kambodscha vor allem der machtpolitische Gegensatz zwischen China und der Sowjetunion, der Gegensatz ist damit von der Ebene der Ideologie auf die Ebene des nationalen Sicherheitsdenken übertragen worden. Jedenfalls war in jeder der historischen Auseinandersetzungen auf dem Boden Indochinas seit der japanischen Invasion 1941 die weltpolitische Dimension jeweils stärker als das interregionale Kräftepotential. Damit wird aber auch schon deutlich, daß ebenso wie in den vorigen militärischen Auseinandersetzungen auch im gegenwärtigen Kambodschakonflikt nur dann eine Lösung zu finden ist, wenn sie ähnlich der Genfer Konferenz von 1954 die Interessen der außerregionalen Mächte hinreichend berücksichtigt und zwischen diesen Interessen einen Ausgleich zu schaffen vermag. Schon vor diesem Hintergrund wird es klar, daß der Vorschlag Hanois, über die Frage Kambodschas eine Regionalkonferenz zwischen den drei Staaten Indochinas und den fünf ASEAN-Staaten einzuberufen, vom Ansatz her unrealistisch ist. Indochina wird nur dann zur Ruhe kommen können, wenn sich eine Formel finden läßt, die auch von der außerregionalen Mächten, allen voran China, mitgetragen wird.

I

Rückblickend erscheint das Jahr 1977 als die entscheidende Phase, in der sich die gegenwärtige Frontstellung in Indochina verfestigt hat und eine im Prinzip bis dahin noch offene Entwicklung in einen Sog geriet, der unausweichlich zum direkten Konflikt führen mußte.

Nach dem für alle Beteiligten überraschend schnellen und endgültigen Zusammenbruch der Regierungen Lon Nols in Phnom Penh und Van Thieus in Saigon am 17. bzw. 30. April 1975 standen die kommunistischen Sieger vor dem grundlegenden Problem, den militärischen Erfolg in eine politische Dimension überzuleiten. Die zwei Kardinalfragen lauteten daher:

- Welches politisch-ideologische Ziel sollte anstelle des bisher klar strategisch-militärisch definierten Ziels, nämlich der Zerschlagung des gegnerischen Regimes, an die Stelle höchster politischer Priorität aufrücken?
- Wie sollte nach einer Phase der internen Konsolidierung eine mögliche Außenpolitik formuliert werden, da es während der Phase des internen Kampfes um die "nationale Befreiung" keine echte außenpolitische Dimension gegeben hatte?

Nach einem jahrelangen Kampf, dessen Ziel primär als "Machtübernahme" definiert war und dessen Bedeutung sich alle anderen politischen Erwägungen unterzuordnen hatten, der die Wahl potentieller Bündnispartner im Außenverhältnis von vornherein unter den Zwang militärisch-ideologischer Forderungen stellte und seinem Wesen nach innenpolitischer Natur war, tat sich im April 1975 plötzlich das weite und ungleich diffusere Feld außenpolitischer Zielsetzungen auf, die von Vietnam und Kambodscha auf jeweils sehr unterschiedliche Weise umschrieben wurden, aber bereits damals für jedes dieser beiden Länder offensichtliche Widersprüche in sich bargen: Kambodschas nahezu vollständige diplomatische Isolierung ließ sich nicht mit der Politik kalkulierter Provokationen gegenüber dem mächtigen Nachbarn Vietnam vereinbaren; in ähnlicher Weise hatte zwar der Kampf gegen den nominell gemeinsamen ideologischen Feind bis 1975 als wirksame Klammer gedient, die Sowjetunion und China gleichzeitig an der Seite Hanois zu halten, doch war spätestens seit der Nixon-Reise nach China im Jahre 1972 deutlich geworden, daß auf die Dauer die machtpolitischen und ideologischen Gegensätze zwischen Beijing und Moskau auch Hanoi zwingen würden, eine klare Wahl zwischen diesen Rivalen zu treffen. Zudem enthüllten die ersten bewaffneten Zusammenstöße im Juni 1975 zwischen den Khmer Rouge und vietnamesischen Einheiten, - es ging um Souveränitätsrechte auf einigen Inseln im Golf von Thailand (Pulo Wai, Phu Quoc, Tho Chu), - wie brüchig die vielbeschworene "Waffenbrüderschaft" zwischen vietnamesischen und kambodschanischen Kommunisten in dem Augenblick zu werden begann, in dem die Bedrohung durch den gleichen äußeren Feind und damit der Zwang zu taktischer Zusammenarbeit entfiel.

In den ersten Monaten, die auf den Fall von Saigon und Phnom Penh folgten, galt sowohl in Kambodscha wie auch in Vietnam der unbedingte Primat innenpolitischer Konsolidierung, parteipolitischer Absicherung und der Schaffung neuer Verwaltungs-, Wirtschafts- und Parteistrukturen. Außenpolitisch waren die restlichen Monate des Jahres 1975 und das gesamte darauf folgende Jahr dadurch gekennzeichnet, daß alle Staaten Südostasiens, vor allem aber das Demokratische Kampuchea und die am 2. Juli 1976 proklamierte wiedervereinigte Sozialistische Republik Vietnam in vorsichtig tastenden Bewegungen den neugewonnenen Spielraum an außenpolitischer Bewegungsfreiheit auszuloten versuchten, um Klarheit über eine außenpolitische Linie zu gewinnen, die nationale Interessen, strategisches Sicherheitsbedürfnis und ideologische Aspirationen zur Deckung bringen konnte.

So reiste Pol Pot im Jahre 1975 zunächst nach Beijing; Le Duan, der Parteisekretär der kommunistischen Partei Vietnams, besuchte im August 1975 Phnom Penh, im September Beijing und im Oktober des gleichen Jahres Moskau. Im folgenden Jahr trat Vietnam dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei und versuchte abzuschätzen, wie weit westliche Länder durch wirtschaftliche Hilfe zum Aufbau des Landes beitragen könnten. Der Tod Zhou En-lais und die Machtkämpfe, die im Gefolge des Todes Mao Zedongs wenig später in Beijing ausgetragen wurden, ließen die künftige Außenpolitik der Volksrepublik China in völlig ungewissem Licht erscheinen; es war jedoch bereits erkennbar, daß China bei jeder politischen Neuordnung in Indochina ein entscheidendes Mitspracherecht beanspruchen würde. Gleichzeitig waren die ASEAN-Staaten bemüht, ein neues Verhältnis zu der gewandelten politischen Realität in Indochina zu finden. Auch hier zeigten sich nach dem ersten Schock über den raschen und restlosen Zusammenbruch der amerikanischen Positionen in Indochina erste Ansätze, zu einer Verständigung und einem Ausgleich zu gelangen. Das Demokratische Kampuchea hatte sich ohnehin in eine nahezu hermetische diplomatische Isolierung begeben, die jede Außenpolitik praktisch auf Beziehungen zu Vietnam, Thailand und China reduzierte. Der eigenartige Mayaguez-Zwischenfall vom 12. Mai 1975 verschärfte nur noch diese diplomatische Quarantäne der neuen Regierung Kambodschas, deren schattenhafte Machthaber erst ganz allmählich für die Außenwelt erkennbar Umrisse gewannen.

Der Anstoß, der die Phase unsicheren Abtastens beendete, die Beteiligten in klar abzugrenzende Positionen zwang und unmittelbar in die gegenwärtige Konfrontation hineinführte, kam vom IV. Parteikongreß der vietnamesischen Arbeiterpartei im Dezember 1976, der den Namen der Partei in "Vietnamesische Kommunistische Partei" umwandelte. War diese Umbenennung bereits ein Symptom, daß nunmehr eine neue Epoche anbrechen sollte, so galt dies noch um so mehr für das Parteiprogramm, das auf diesem Kongreß verabschiedet wurde. Neben zahlreichen innenpolitischen Zielbestimmungen (unter anderem dem Auftrag, eine neue Verfassung auszuarbeiten) erklärte der Parteitag als außenpolitisches Ziel, "die besonderen Beziehungen zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern von Laos und Kambodscha zu wahren und weiterzuentwickeln." Damit war an die Stelle des Primats der nationalen Wiedervereinigung, der bis zum 30. April 1975 das gesamte Handeln Hanois bestimmt hatte, der Primat der regionalen Ordnungs- bzw. Hegemonialpolitik getreten.

Der Gedanke "besondere Beziehungen" zwischen den drei Staaten der indochinesischen Halbinsel hat eine lange Tradition. Im Grunde geht er zurück auf die Strukturen der französischen Kolonialverwaltung, die die französischen Protektorate Tonkin, Annam, Kambodscha und Laos mit der Kolonie Cochinchina zu einer administrativen Einheit unter der Bezeichnung "Union Indochinoise Française" zusammenfaßten. Folgerichtig führten die ersten antikolonialen Impulse in den 20er Jahren zu einer Befreiungsbewegung, die gleichfalls dieses gesamte Territorium des französischen Indochina umfaßte, nämlich zu der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei Indochinas (KPI). Es dürfte sich schwer abschätzen lassen, welche Bedeutung die Existenz dieser Kommunistischen Partei Indochina für die Ausformung politischer Zielvorstellungen der heutigen Entscheidungsträger in Hanoi besaß. Es ist jedoch bezeichnend, daß die gesamte gegenwärtige Führungsgruppe in Hanoi (allenfalls mit Ausnahme des 1979 zum Außenminister aufgerückten Nguyen Co Thach) in dieser Phase einer regionalen Parteistruktur zur kommunistischen Bewegung in Indochina stießen und somit nicht nur die spätere Teilung des eigenen Landes, sondern auch das Auseinandertreiben der drei Staaten Indochinas unter unterschiedlichen Wirtschafts- und Verfassungssystemen als "unnatürlich" empfinden mußten, wohingegen die Führer der Khmer Rouge diese Phase einer regionalen kommunistischen Partei in Indochina nicht mehr miterlebt haben. Selbst seit der formellen Auflösung der Kommunistischen Partei Indochinas 1945, an deren Stelle 1951 einzelne nationale kommunistische Bewegungen traten, ist der Gedanke eines regionalen Zusammenschlusses der drei indochinesischen Staaten unter kommunistischem Vorzeichen auf vietnamesischer Seite stets lebendig geblieben.

Die programmatische Forderung nach "besonderen Beziehungen" zu Kambodscha und Laos im Dezember 1976 ist daher als Wiederaufgreifen und Bestätigung eines alten politischen Konzepts zu verstehen, das lediglich durch die in Genf de facto besiegelte Teilung Vietnams und den sich daran anschließenden Kampf um die nationale Einheit zwanzig Jahre lang überlagert worden war. Die am 2. Juli 1976 vollzogene formelle Wiedervereinigung Vietnams zur Sozialistischen Republik Vietnam bedeutete das Ende des Kampfes um die innenpolitische Machtstellung Hanois innerhalb des vietnamesischen Territoriums; der Parteitagbeschuß vom Dezember 1976 bedeutet den Auftakt für die Auseinandersetzung um die außenpolitische Machtstellung Hanois innerhalb der Region. Zwar betont die vietnamesische Führung immer

wieder, daß der Gedanke einer "Indochinesischen Föderation" historisch überholt ist und keinerlei Gültigkeit mehr beanspruchen kann, auffallend ist jedoch, daß Vietnam mit unveränderter Hartnäckigkeit darauf besteht, daß die drei Staaten der indochinesischen Halbinsel im internationalen Rahmen möglichst geschlossen auftreten. Regelmäßige, institutionalisierte Ministertreffen sichern eine weitgehende politische Koordination. Hieraus wird deutlich, daß Vietnam nach wie vor darum bemüht ist, eine indochinesische Regionalorganisation unter der Ägide Vietnams zu schaffen; die regionale Koordination zwischen den drei Indochina-Staaten dürfte heute bereits weiter gehen als die Koordination zwischen den ASEAN-Staaten.

Trotzdem schien sich zunächst auch im Jahre 1977 die Linie grundsätzlicher außenpolitischer Offenheit fortsetzen zu wollen: Im März besuchte eine amerikanische Gesandtschaft unter der Leitung von Leonard Woodcock Hanoi, um Ansatzpunkte für eine konstruktive Außenpolitik zwischen Vietnam und den Vereinigten Staaten zu finden. Im Januar hatten die Vereinigten Staaten bereits ihr Veto gegen einen Beitritt Vietnams zu den Vereinten Nationen aufgehoben. Im Mai besuchte Premierminister Pham Van Dong Europa. Gleichzeitig begann Vietnam erste Fühler zu den neuen Führern in Beijing auszustrecken, wo sich mit der Ausschaltung der extremen Linie permanenter Revolution um Jiang Qing und Zhang Chunqiao ein neuer pragmatischer, an kalkulierbarer Interessenpolitik ausgerichteter Kurs abzeichnete. Damit einher ging eine fundamentale Wandlung der chinesischen Außenpolitik: Obwohl die Führung Chinas weiterhin vom Dogma der Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges auszugehen schien, war es nun nicht mehr der große antiimperialistische Krieg, der alle sozialistischen Länder und Befreiungsbewegungen gegen die Länder des Imperialismus und Kapitalismus in einem weltrevolutionären Endkampf vereint, sondern die wiederholten Warnungen galten nunmehr der konventionellen Mustern folgenden Macht- und Interessenkollision der beiden Supermächte. China war schon mit der Verkündung der "Drei-Welten-Theorie" auf einen Kurs vorsichtiger status quo- und Machtgleichgewichtspolitik eingeschwenkt. Diese Wandlung fand deutlichsten Ausdruck im gewandelten Verhältnis zu den revolutionären kommunistischen Bewegungen, die in den Ländern Südostasiens einen anhaltenden Untergrundkampf führten. Dagegen war die Sowjetunion nach einer Phase strategischer Zurückhaltung in den 60er und frühen 70er Jahren von der Mitte der 70er Jahre an wieder verstärkt als weltrevolutionäre Macht auf-

getreten, wie Angola, Mozambique, Äthiopien und Afghanistan bewiesen. War es bis 1975 so gewesen, daß die Sowjetunion Rücksicht auf das strategische Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu nehmen schien und daher revolutionäre Bewegungen zu Mäßigung und Ausgleich zu bewegen trachtete und China als das Zentrum weltrevolutionärer Unruhe erschien, so hatte sich diese Rollenverteilung spätestens seit dem Tode Mao Zedongs in das genaue Gegenteil verkehrt. Jetzt war es China, das seine traditionellen Bindungen zu kommunistischen Untergrundbewegungen in Burma, Malaysia, Thailand und Indonesien zunehmend als lästige Einengung des an pragmatisch definierten Eigeninteressen orientierten außenpolitischen Handlungsspielraumes empfand und zu Mäßigung und Ausgleich aufrief, wohingegen die sowjetische Außenpolitik das ideologische Moment revolutionärer Machtausbreitung wieder in den Vordergrund zu rücken schien.

Unterdessen war jedoch der Entschluß Vietnams, auf "Wahrung und Ausbau besonderer Beziehungen" zu Kambodscha und Laos hinzuarbeiten, nicht ohne Folgen geblieben. Aufgrund der gegebenen Machtverhältnisse konnte eine solche Formulierung nur ein Euphemismus für eine eindeutige Vormacht- und Hegemonialpolitik sein, für eine südostasiatische Version der Brezhnev-Doktrin beschränkter Souveränität der betroffenen Nachbarstaaten. Tatsächlich fand der Parteitagsbeschuß vom Dezember 1976 bereits im Juli 1977 Ausdruck in der Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsvertrags mit Laos, in dem sich beide Regierungen verpflichten, "in dem Bestreben, die besonderen Beziehungen zwischen Vietnam und Laos zu wahren und auszubauen ... für alle Zeiten beim nationalen Wiederaufbau und in Verteidigungsfragen Seite an Seite zu stehen." In diesem Vertrag, der lediglich ein Versallenverhältnis besiegelte, in dem sich die kommunistische Partei Laos' unter der Führung von Prinz Souvanouvong von Anfang an Vietnam gegenüber befunden hatte, mußten die fanatisch für die eigene Unabhängigkeit kämpfenden Khmer Rouge einen ominösen Präzedenzfall erblicken, der zugleich die Absichten enthüllte, die Vietnam gegenüber Kambodscha hegte.

Eine solche Politik Vietnams mußte den Lebensnerv Kambodschas treffen. Hier ist nicht der Raum, die eigenartige Ideologie Pol Pots, Khieu Samphans und Ieng Sarys im einzelnen nachzuzeichnen. Entscheidend ist, daß die Khmer Rouge, die ohnehin ein jahrhundertealtes Mißtrauen gegen die vietnamesischen ynon (Barbaren) geerbt hatten, seit Beginn des kommunistischen Untergrundkampfes in Kambo-

dscha genügend bittere Erfahrungen gemacht hatten, die in ihren Augen die völlige Unzuverlässigkeit und die egoistische Rücksichtslosigkeit der vietnamesischen Führung hinlänglich erwiesen hatten: 1954 kam Vietnam in Genf zwar auch selbst unter starken Druck von chinesischer und sowjetischer Seite und mußte einige wesentliche Zugeständnisse in der Frage, wie die nationale Einheit zu wahren sei, machen. Viel größer war jedoch die Enttäuschung der Kommunisten Kambodschas, die weder politische Anerkennung als Verhandlungspartner noch militärische Unterstützung erhalten hatten und kurz und bündig darauf verwiesen wurden, einen Ausgleich mit Prinz Sihanouk zu finden. Die Lage verschlimmerte sich noch im Laufe der 60er Jahre, als Hanoi, um das stillschweigende Einverständnis Prinz Sihanouks, daß größere Teile Ostkambodschas von der nordvietnamesischen Armee als strategische Nachschub-, Aufmarsch- und Zufluchtgebiete genutzt werden konnten, nicht zu gefährden, mit der Regierung in Phnom Penh eng zusammenarbeitete und angeblich sogar Namen und Verstecke kambodschanischer Kommunisten preisgegeben haben soll. Die Situation, die 1954 die Kommunisten Kambodschas so erbittert hatte, wiederholte sich in noch größerem Maßstab im Verlauf der Verhandlungen zwischen Nordvietnam und den Vereinigten Staaten, die 1973 zu den Pariser Verträgen führten. Die Vietnamesen verhandelten wiederum nicht nur ohne Rücksicht auf Interessen der Khmer Rouge, sondern die Ausdehnung der amerikanischen militärischen Operationen auf kambodschanisches Territorium seit 1969 ließ sich aus der Sicht der Khmer Rouge nicht anders als ein bewußtes Manöver der Vietnamesen interpretieren, die Amerikaner tiefer in Kambodscha zu verstricken und sich somit eine Entlastung in Südvietnam zu verschaffen. Einen Einblick in die von einem grenzenlosen und mythisch gefärbten Nationalismus, der bis zur Forderung nach der Wiederherstellung eines Khmer-Großreiches in seinen mittelalterlichen Grenzen ging, geprägte Mentalität der Regierung Pol Pots gibt das Schwarzbuch, das die Khmer Rouge im Frühjahr 1978 herausgaben. Dort heißt es:

"Die Vietnamesen haben ihr wahres Wesen niemals verändert, das heißt ihre Natur, das Territorium anderer Länder zu überfallen, zu annektieren und sich einzuverleiben."

Pol Pot wurde in einer Rede am 29. September 1978 noch deutlicher:

"Wenn wir 1973 einem Waffenstillstand nach dem Vorbild der Machenschaften unserer Feinde, der Vereinigten Staaten und Vietnams, zugestimmt hätten, hätten wir einen schweren Verlust erlitten ... Wir wären die Sklaven der Vietnamesen geworden, und die Khmer-Rasse hätte ihre eigene Identität vollkommen verloren ... Die Vietnamesen haben seit 1930 davon geträumt, Kambodscha durch die Strategie einer indochinesischen Konföderation unter ihre Herrschaft zu bringen."

Die offizielle Proklamation "besonderer Beziehungen" zu den beiden indochinesischen Nachbarstaaten mußte somit von der Regierung des Demokratischen Kampuchea als unverhüllte Bedrohung der eigenen Souveränität aufgefaßt werden. Die Frage der nationalen Souveränität und der Unverletzlichkeit der Grenzen war ohnehin bereits schwer vorbelastet durch die Grenzzwischenfälle, die seit 1975 immer wieder vietnamesische und kambodschanische Einheiten hatten zusammenstoßen lassen, sowie durch die hartnäckige Weigerung der Vietnamesen, die eigenen Truppen nach 1975 vollständig aus kambodschanischem Gebiet (vor allem aus dem sogenannten "Papageienschnabel") zurückzuziehen. Die Verhandlungen zur Beilegung dieser Grenzstreitigkeiten waren Anfang 1977 ergebnislos abgebrochen worden. Jetzt erlangte der bislang beschränkte Grenzkonflikt zunehmend die Dimension eines erbitterten Krieges um die nationale Selbständigkeit. Im April 1977 kam es zu den ersten größeren Gefechten zwischen vietnamesischen und kambodschanischen Truppen. Im September trugen die Vietnamesen einen großen Gegenangriff vor; einen weiteren Gegenangriff im Dezember 1977 beantwortete Phnom Penh mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen (31. Dezember 1977). Damit war der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha voll zum Ausbruch gekommen.

Doch wo standen die Volksrepublik China und die Sowjetunion in dieser sich zuspitzenden Entwicklung? Noch im Juni und November 1977 hatten Pham Van Dong und Le Duan Beijing besucht, um dort Unterstützung zu gewinnen, nachdem im September 1977, zur Zeit der ersten größeren vietnamesischen Gegenoffensive, Pol Pot zu einem längeren Besuch in die chinesische Hauptstadt gekommen war. China befand sich in einem deutlichen Dilemma: Einerseits verspürte die neue Führung um Deng Xiaoping wenig Sympathie für die aus der Politik der extremen kulturevolutionären Linken abgeleiteten Ideen Pol Pots, dessen radikaler Versuch, eine neue Gesellschaft durch Umerziehung und

Enturbanisierung, durch brutale Exekutionen und durch permanente Kampfbereitschaft zu gründen, selbst die schlimmsten Exzesse der chinesischen Kulturrevolution in den Schatten zu stellen schien. Andererseits diktierte das nationale Sicherheitsbedürfnis das Bündnis mit dem entfernteren Partner gegen den potentiell bedrohlichen Nachbarn. Auf chinesischer Seite mag fernerhin eine Rolle gespielt haben, daß bereits im Dezember 1976 der IV. Parteikongreß in Hanoi den als pro-chinesisch bekannten Hoang Van Hoan sowie vier weitere Parteimitglieder aus der Parteiführung ausgeschlossen und unter Hausarrest gestellt hatte. Gleichzeitig hatte im Laufe des Jahres 1977 der sowjetische Einfluß in Hanoi auffallend zugenommen. In einer geheimen Rede hatte Außenminister Huang Hua bereits am 30. Juli 1977 die Sowjetunion für das aggressive Verhalten Vietnams verantwortlich gemacht und einen Angriff Vietnams auf Kambodscha vorhergesagt. Daher neigte China gegen Ende des Jahres 1977 eher dazu, Kambodscha zumindest diplomatisch zu unterstützen; Waffenlieferungen an Kambodscha scheinen erst 1978 in größerem Umfang eingesetzt zu haben.

Auf der anderen Seite erkannte die Regierung der Sowjetunion, die 1968 noch die Regierung Hanois zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten gedrängt hatte und von 1970 bis 1975 diplomatische Beziehungen zu der Regierung Lon Nols in Phnom Penh unterhalten hatte, das enorme strategische Potential, das Vietnam mit seiner einzigartigen, von den Amerikanern übernommenen militärischen Infrastruktur (Danang, Cam Ranh) für die angestrebte globale Präsenz der Roten Flotte darstellen könnte. Hier öffnete sich eine Möglichkeit, den Gegner China in einer Zangenbewegung von zwei Fronten her zu bedrohen und somit grundsätzlich das strategische Potential, das China durch die Annäherung an die Vereinigten Staaten und Westeuropa zugewachsen war, zu neutralisieren. Zu diesen machtstrategischen Überlegungen kamen jedoch auch noch gewichtige ideologische Gesichtspunkte.

Die vietnamesische kommunistische Partei ist die einzige kommunistische Partei Asiens, die sich in enger ideologischer und praktischer Verflechtung mit der kommunistischen Partei eines westlichen Industrielandes, Frankreichs, entwickelt hat. Besonders im Gegensatz zu der ideologischen Entwicklung Chinas, die in den entscheidenden Jahren sich in nahezu vollständiger Isolation von der Außenwelt in der ländlichen Gesellschaft Shaanxis vollzog, haben die Kommunisten Vietnams, insbesondere Ho Chi Minh, stets die orthodoxe Linie des Marxismus-Leninismus betont, so vor

allem die Bedeutung des industriellen Proletariats - die Partei nannte sich bezeichnenderweise von 1951 bis 1976 Arbeiterpartei Vietnams, obwohl sie nur eine verschwindend geringe Anzahl von echten Arbeitern unter ihren Mitgliedern zählte - und den Vorrang internationaler Solidarität sozialistischer Staaten vor nationalen Partikularinteressen; eine zentrale Stellung in der vietnamesischen Ideologie hat insbesondere das Credo der unausweichlichen Weltrevolution eingenommen. Diese ideologische Position zusammen mit Erwägungen militärischer Sicherheit vermögen zu erklären, weshalb Vietnam naturgemäß stärker zur Sowjetunion als zur Volksrepublik China hinneigt.

Der Versuch, die Position der Partei und der Regierung im Inneren des Landes zu festigen, führte im Frühjahr 1978 zu der folgenschweren Entscheidung, den Süden Vietnams forciert zu kollektivieren und administrativ mit dem Norden gleichzuschalten. Die unmittelbare Folge war der massenhafte Exodus ethnischer Chinesen (Hoas) aus Vietnam, der im Sommer 1978 China bewog, seine gesamte Hilfeleistung an Vietnam einzustellen und die Unterstützung für das Regime Pol Pots wesentlich zu intensivieren. Die Hoas bildeten dann die erste Welle derjenigen Emigranten aus Vietnam, die inzwischen als "boat people" Eingang in die Geschichte gefunden haben. Vietnam geriet auch der Westlichen Welt gegenüber zunehmend in Isolierung, die Gespräche mit den Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen brachten kein Ergebnis, und so war die Option Vietnams, im Juni 1978 Mitglied im COMECON zu werden und am 3. November 1978 einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Moskau abzuschließen von vietnamesischer Seite aus gesehen eine folgerichtige Politik.

Inzwischen hatte sich auch die Lage zwischen Kambodscha und Vietnam derartig zugespitzt, daß bereits im Sommer 1978 kundige Beobachter vorhersagten, es sei nur noch die Frage, wann und wie Vietnam versuchen werde, das Regime Pol Pots zu beseitigen; die Grundsatzentscheidung war vermutlich bereits im April gefallen.

Knapp einen Monat nach der Veröffentlichung des "Kampuchea Dossier" durch die Vietnamesen im Mai 1978 kam es zu dem mißglückten Versuch einer von Vietnam unterstützten Oppositionsgruppe, Pol Pot zu stürzen und eine vietnamfreundliche Regierung in Phnom Penh an die Macht zu bringen. Die Führung der Khmer Rouge antwortete mit radikalen, blutigen Säuberungen innerhalb der eigenen Partei und mit einem wütenden Gegenangriff, den sie tief in vietname-

sisches Gebiet vortragen ließ. Hierauf griffen die Vietnamesen ihrerseits im September gleichfalls auf breiter Linie an, zogen sich jedoch anschließend wieder freiwillig zurück.

Dies war die Ausgangslage, als am 3. Dezember 1978 der Öffentlichkeit die Kambodschanische Vereinte Front zur Nationalen Rettung (KNUFNS) vorgestellt wurde und am 23. Dezember 1978 die vietnamesische Invasion Kambodschas begann. Am 7. Januar 1979 fiel Phnom Penh, und eine neue provietnamesische Regierung unter Heng Samrin wurde eingesetzt. Gleichzeitig wurde klar, daß ein wesentliches Ziel der Blitzaktion nicht hatte erreicht werden können: Die Armee der Khmer Rouge hatte sich schneller als erwartet zurückziehen und ihre Kommandostrukturen bewahren können. Sie führte seither von ihren Basen im westlichen und nördlichen Bergland einen zermürbenden Guerillakrieg gegen die Einheiten der vietnamesischen Besetzer. Die zweiwöchige "Strafaktion" Chinas gegen Vietnam im Februar/März 1979 war zwar im Ergebnis strategisch erfolglos, da sie Vietnam nicht dazu bewegen konnte, auch nur einen einzigen Soldaten aus Kambodscha abzuführen, sie hatte aber auf politischer Ebene erheblich zur weiteren Vertiefung der Antagonismen und des Mißtrauens beigetragen. Vietnam weiß seither, daß auch ihm jederzeit ein potentieller Zweifrontenkrieg droht, den es nur durch die ähnlich geartete Drohung mit einem vergleichbaren Zweifrontenkrieg gegen China in Bann halten kann. Seither scheint der Konflikt um Kambodscha untrennbar mit der Frage des Verhältnisses zwischen China und Vietnam verbunden zu sein,

II

Wie sehen vor diesem Hintergrund die Interessen der Beteiligten aus?

Der entscheidende Protagonist in diesem Konflikt ist Vietnam. Bisher ist es schwierig geblieben, eine überzeugende Erklärung dafür zu finden, weshalb Vietnam im Dezember 1978 das Risiko einer offenen Invasion auf sich nahm, obwohl vorherzusehen war, daß ein solches Vorgehen die Wahrscheinlichkeit eines sich hinziehenden Guerillakriegs in sich barg. Von vietnamesischer Seite stellte sich die Lage etwa folgendermaßen dar:

- Die anhaltenden Grenzüberfälle der Khmer Rouge zwangen Vietnam ohnehin dazu, eine starke Armee in permanenter Bereitschaft zu halten, wobei das Terrain an der Grenze zu Kambodscha strategisch äußerst ungünstig war. Mit geringer Verstärkung konnte diese Armee nach einer In-

vasion Kambodschas in wesentlich wirkungsvollere strategische Positionen vorrücken.

- Die verstärkten Bemühungen der Pol Pot Regierung, im Laufe des Jahres 1978 aus der selbstgewählten Isolierung auszubrechen und internationale Beziehungen zu knüpfen, ließen von einem weiteren Zögern nur einen Positionsverlust für Vietnam erwarten.
- Die chinesischen Bestrebungen, die eigene Wirtschaft und insbesondere die eigenen Streitkräfte zu modernisieren, sowie verstärkte Waffenlieferungen Chinas an die Khmer Rouge sprachen gleichfalls dafür, möglichst rasch ein militärisches fait accompli zu schaffen.
- Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China, die zum 1. Januar 1979 wirksam wurde, verstärkte auf vietnamesischer Seite die Furcht vor einer systematischen Einkreisung. Es darf nicht vergessen werden, daß sich Vietnam noch keine vier Jahre zuvor in einem erbitterten Krieg mit den Vereinigten Staaten befunden hatte und daß China seit alters her von Vietnam mit Argwohn betrachtet wird.
- Schließlich sprach für ein militärisches Eingreifen auch die Erwartung, daß eine de facto-Lage über kurz oder lang auch international eine de-jure-Sanktionierung erhalten würde, sofern Ausdauer, Unbeirrbarkeit und geschickte Propaganda zusammenkamen. Dem Ziel einer solchen Legitimisierung der tatsächlichen Lage dienten die Wahlen vom Mai 1981.

Auf der anderen Seite war etwa folgendes abzuwägen:

- Das Risiko eines hinhaltenden Guerillakrieges wurde zweifellos erkannt. Hanoi hoffte jedoch, durch das Element der Überraschung und der blitzartig nach dem "Lotusprinzip" vorgetragenen Offensive wesentliche Teile der Armee der Khmer Rouge zu überrollen und nachhaltig auszuschalten. Wie nah Hanoi diesem Ziel kam, bezeugen Berichte, wonach Pol Pot selbst nur wenige Stunden vor dem Einmarsch vietnamesischer Truppen die Flucht aus Phnom Penh gelang.
- Ein Eingreifen Chinas war offensichtlich ebenfalls erwogen, aber für unwahrscheinlich gehalten worden. In jedem Fall mußte China mit der unmittelbaren Bedrohung durch die Sowjetunion rechnen und konnte ohnehin unter keinen Umständen in Kambodscha direkt eingreifen.
- Diplomatisch hat Hanoi offenbar das eigene Guthaben an Glaubwürdigkeit und Sympathie innerhalb der Völkergemeinschaft über- und das des Demokratischen Kampuchea

unterschätzt. Mit zeitlicher Distanz verblassen die Eindrücke der Grausamkeiten der Khmer Rouge, wohingegen der anhaltende Widerstand innerhalb Kambodschas das Bewußtsein einer flagranten Verletzung völkerrechtlicher Prinzipien international wachhält.

Vietnam ist verunsichert durch die unerwartet hartnäckige Weigerung der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die einseitig in Kambodscha geschaffene Lage hinzunehmen.

Die Regierung in Hanoi weiß zu gut um die Verwundbarkeit des mit dem Norden nur durch einen im Durchschnitt 100 Kilometer breiten Küstenstreifen verbundenen südlichen Vietnam durch Kräfte, die ungehindert in den Grenzgebieten Laos' und Kambodschas operieren können. Über zehn Jahre lang hat sie selbst diese Gebiete, durch die der Ho Chi Minh-Pfad verlief, für den Aufmarsch und den Nachschub der in Südvietnam kämpfenden Einheiten benutzt. Keine Regierung, die von Hanoi aus ganz Vietnam beherrschen will, kann es sich leisten, die Kontrolle dieser Gebiete den eigenen Händen entgleiten zu lassen. Vietnam ist zudem an den seewärtigen Grenzen einem erbitterten und vermutlich noch lang sich hinziehenden Streit mit China über Souveränitätsrecht auf den Spratley- und Paracel-Inseln sowie über die Abgrenzung der Wirtschaftszonen und Festlandsockel ausgesetzt. Um so wichtiger ist für Hanoi die Sicherung eines strategischen Vorfelds im Westen, das die landwärtigen, stark exponierten und schwer kontrollierbaren Grenzen im Bergland sichert. Diese geographisch-strategische Lage erklärt das elementare Sicherheitsinteresse, das Vietnam mit der Betonung "besonderer Beziehungen" zu den beiden indochinesischen Nachbarstaaten verfolgt. In gewisser Weise läßt sich auch hier eine Konvergenz mit der Interessenstruktur der Sowjetunion sehen, die gleichfalls den Gürtel europäischer Vasallenstaaten als unverzichtbare Voraussetzung der eigenen Sicherheit betrachtet. Ähnlich wie die Sowjetunion scheint auch Vietnam für diese Vasallenstaaten eine Art reduzierter Souveränität zu postulieren und seit 1978 auch zu praktizieren.

Vietnam wird daher mit größter Entschlossenheit und äußerster Konsequenz alles bekämpfen, was auf eine Restauration der Khmer Rouge und des chinesischen Einflusses in Kambodscha hinauslaufen könnte. Kosmetische Änderungen in der Verteilung der Führungsaufgaben oder Versuche, die Khmer Rouge in eine lockere Koalition mit nicht-kommunistischen Befreiungsbewegungen einzubeziehen, wie sie insbe-

sondere Singapur übernommen hat (Dreiertreffen Sihanouk, Son Sonn und Khieu Samphan vom 2. bis zum 4. September 1981, Besuch des 2. stellvertretenden Premierministers S. Rajaratnam und des Außenministers S. Dhanabalan in Bangkok am 24. und 25. November 1981) oder gar die äußerst fragwürdige Verkündung der "Auflösung der kommunistischen Partei" vom 8. Dezember 1981 werden Vietnam nicht dazu bewegen können, die militärisch abgesicherte Kontrolle über Kambodscha zu lockern.

Vietnam hat einen Jahrhunderte währenden Unabhängigkeitskampf gegen China geführt. Hieraus erklärt sich eine beständige Einkreisungsfurcht gegenüber dem nördlichen Nachbarn, die seit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China neue Nahrung erhalten hat.

Die chinesische Außenpolitik wird seit dem Zusammenstoß chinesischer und sowjetischer Einheiten am Ussuri im Jahre 1969 und der Proklamation der "Drei Welten-Theorie" in erster Linie vom Antagonismus zur Sowjetunion bestimmt. Ohne im Grunde große ideologische Sympathien für die Khmer Rouge zu verspüren, sah sich China in dem Maße auf eine aktive Unterstützung Pol Pots verwiesen, wie Vietnam einen zunehmend pro-sowjetischen Kurs einschlug. Solange China sich der potentiellen Bedrohung eines Zweifrontenkrieges ausgesetzt sieht, wird es nicht bereit sein, seinerseits die Option, jederzeit eine zweite Front gegen Vietnam zur Verfügung zu haben, gänzlich aus der Hand zu geben. China ist daher weniger politisch an den Khmer Rouge als vielmehr an ihrer Bedeutung als militärisches Druckmittel interessiert. Während Vietnam auf einem pro-vietnamesischen Kambodscha mit militärischen Sicherheitsgarantien besteht, verlangt Beijing ein zumindest potentiell vietnam-feindliches Kambodscha.

Die Sowjetunion befindet sich zur Zeit in einer offenbaren Interessenkonvergenz mit Hanoi, die sich jedoch nicht unbedingt auch auf Kambodscha erstreckt. Für die Sowjetunion mit ihrem forcierten Bestreben, die Mittel zu einer weltweiten militärischen Präsenz zu gewinnen, ist das Bündnis mit Vietnam ein wichtiger Schritt, militärische Macht effektiv auch nach Südostasien projizieren zu können. Sie hat wiederholt gezeigt, daß ihr die Sicherung solcher Präsenzmöglichkeiten, - ganz abgesehen von ideologischen Motiven, - hohe wirtschaftliche Opfer wert ist. Es ist daher äußerst unwahrscheinlich, daß eine Abwägung wirtschaftlicher Belastungen die Sowjetunion dazu bewegen vermag, ihr politisch-militärisches Engagement in Indochina einzuschrän-

ken. Zwar bedeutet die anhaltende militärische Verstrickung Vietnams in Kambodscha eine erhebliche Erhöhung der Güterlieferungen, vor allem auch der Nahrungsmittellieferungen, die Vietnam aus der Sowjetunion benötigt, andererseits liefert eben diese Verstrickung Vietnam nur um so nachhaltiger sowjetischem Einfluß aus. Gleichzeitig scheint die Sowjetunion jedoch auch intensiv darum bemüht zu sein, auch an der Regierung Vietnams vorbei unmittelbare Beziehungen zu den Regierungen in Vientiane und Phnom Penh zu knüpfen. Hierbei mag eine Rolle spielen, daß die Sowjetunion, nachdem sie zwei Jahre vergeblich formelle Stützpunktrechte in Cam Ranh Bay und Danang zu erwerben gesucht hat, sich von ähnlichen Bemühungen um Rechte in Kompong Som größeren Erfolg verspricht. Hieraus ergibt sich, daß die Sowjetunion trotz gewisser Spannungen mit Hanoi jeder Entwicklung Widerstand leisten wird, die auf eine Untergrabung der Vormachtstellung Vietnams in Indochina hinausläuft oder die Abhängigkeit Vietnams von der Sowjetunion mindern könnte. Für eine Lösung, die lediglich die militärische Präsenz Vietnams in Kambodscha reduziert, das Prinzip einer vietnamfreundlichen, kommunistischen Regierung in Phnom Penh jedoch nicht in Frage stellt, könnte unter Umständen sogar die Sowjetunion gewonnen werden.

Die ASEAN-Staaten waren bislang bemüht, eine einheitliche Haltung zum Kambodschakonflikt zu wahren, obwohl sich zunehmend eine Polarisierung zwischen Thailand und Singapur einerseits und den beiden islamisch-malayischen Staaten mit chinesischen Minderheitsproblemen Malaysia und Indonesien andererseits abzeichnet, wobei die Philippinen schon allein geographisch sich weniger unmittelbar betroffen fühlen. Zur gleichen Zeit, als Singapur sich um das Zustandekommen einer lockeren Koalitionsabsprache zwischen den anti-vietnamesischen Kräften in Kambodscha bemühte, hielt sich Benny Moerdani, Leiter des indonesischen Geheimdienstes, Anfang September 1981 in Hanoi auf; ihm folgte wenig später Professor Fuad Hassan, der den Planungsstab im indonesischen Außenministerium leitet. Indonesien bemüht sich zusehends um einen Dialog mit Hanoi, während Singapur eher die konsequente Isolierung Vietnams sucht.

Hierin zeigt sich das mehrfache Dilemma, in dem sich die Indochinapolitik der ASEAN-Staaten befindet:

- Die Eliminierung eines wichtigen neutralen Pufferstaates sowie die nach außen hin bedingungslos pro-sowjetische Haltung Hanois zwingen manche ASEAN-Regierungen, sich stärker Beijing anzunähern, als sie es an sich wünschen.

- Zwar betonen alle ASEAN-Staaten immer wieder, daß eine diplomatische Unterstützung der Khmer Rouge nicht gleichbedeutend ist mit dem Wunsch, die Khmer Rouge wieder in Phnom Penh als Machthaber zu sehen, aber ohne sichtbaren Erfolg für die vielzitierte "Dritte Kraft" dürfte es zunehmend schwieriger werden, so subtil zwischen Mittel und Zweck zu unterscheiden, zumal niemand sich der Möglichkeit verschließen kann, daß, wenn die Khmer Rouge eines Tages entweder aufgrund militärischer Erfolge oder aber im Verband einer Koalition wieder Regierungsverantwortung übernehmen sollten, die grausamen Vorgänge nach 1975 eine Wiederholung finden.
- Der wohl auch für die ASEAN-Staaten unerwartete Erfolg der Bemühungen um diplomatische Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kampuchea in internationalen Gremien beruhte vor allem auf der strikt formaljuristischen Argumentationsweise. Die Schaffung einer durch keinerlei Votum der Bevölkerung legitimierten Koalitionsregierung im Ausland mag es erreichen, daß eine fortgesetzte Unterstützung des antivietnamesischen Widerstandes moralisch auf weniger Hemmnisse stößt; der streng völkerrechtlichen Argumentation kann eine solche Koalition jedoch nur die Schärfe nehmen.
- Trotz der nahezu einhelligen Unterstützung, die die ASEAN-Staaten für ihre Vorstellungen und Vorschläge auf der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen, auf der Außenministerkonferenz der Blockfreien in Neu Delhi und der Kambodscha-Konferenz in New York erreichen konnten, wird nicht verkannt, daß die langsame Konsolidierung der Verwaltung Heng Samrins und eine wirtschaftliche Erholung Kambodschas längerfristig eine normative Kraft entfalten wird, die mit der Zeit gegen die rein formal juristisch abgesicherte Position ASEAN's arbeiten wird. Es wird auf die Dauer unmöglich sein, mit legalistischen Argumenten die Unterstützung eines vertriebenen Terrorregimes aufrechtzuerhalten und einer Regierung konsequent die Anerkennung vorzuenthalten, die sichtlich das Los der Einwohner Kambodschas bessern hilft.

Von allen ASEAN-Staaten ist jedoch nur Thailand unmittelbar von den Ereignissen in Indochina betroffen. Thailand hat stets betont, daß es einen neutralen Puffer zwischen sich und dem unruhigen und mächtigen Vietnam als wesentliche Voraussetzung für die eigene Sicherheit betrachtet, um somit einer direkten Konfrontation mit den starken militärischen Kräften Vietnams vorzubeugen. Eine solche Kon-

frontation hat sich im Juni 1980 ereignet, als reguläre vietnamesische Verbände, offenbar als Vergeltung für die Repatriierung zahlreicher Kambodschaflüchtlinge, auf Thai-Territorium vordrangen und dort beträchtlichen Schaden hinterließen. Trotzdem scheint die gegenwärtige Lage in Indochina für Thailand günstiger zu sein als sich zunächst vermuten läßt. Zwar ist der Pufferstaat Kambodscha verschwunden, aber es existiert eine von den Khmer Rouge effektiv kontrollierte "Pufferzone" entlang der thai-kambodschanischen Grenze, die ein längeres offensives Operieren vietnamesischer Verbände innerhalb Thailands unmöglich macht. Insbesondere die Option eines großangelegten Vorstoßes auf Bangkok mit dem Ziel, Thailand nachhaltig zu warnen oder gar Thailand gleichfalls unter vietnamesische Kontrolle zu bringen, dürfte angesichts der enormen logistischen Schwierigkeiten ausgeschlossen sein. Ein solches offensives Vorgehen wäre zwar momentan möglich, aber es wäre unmöglich, die an der Front kämpfenden vietnamesischen Einheiten über längere Frist hinreichend zu versorgen. Die vietnamesische Armee spürt gegenwärtig bereits innerhalb Kambodschas die Schwierigkeiten überdehnter Nachschublinien. Ein Vorstoß nach Thailand müßte hauptsächlich über die Nationalstraße 6 versorgt werden, die von Sisophon nach Aranyaprathet genau zwischen den Operationsgebieten der Khmer Rouge verläuft und somit jederzeit zangenartigen Angriffen von Guerillaeinheiten ausgesetzt ist. Trotz einer theoretischen Bedrohung durch vietnamesische Truppen hat sich die Lage für Thailand deshalb außenpolitisch nicht unbedingt verschlechtert. Eine militärische Invasion ist nach wie vor praktisch ausgeschlossen, und ein Kambodscha, wo eine ernstzunehmende Guerillabewegung 200.000 vietnamesische Truppen bindet, bietet nahezu ebensoviel Schutz wie ein neutraler Nachbarstaat. Was Thailand allein fürchten muß, ist eine Konsolidierung der Lage in Kambodscha zu Vietnams Gunsten und das Entstehen einer effektiven kambodschanischen Militärorganisation unter vietnamesischer Kontrolle. Innenpolitisch hat das Bewußtsein um eine neue außenpolitische Bedrohung zunächst jedenfalls zu einer ungewöhnlichen Konsolidierung und zu demonstrativer Einigkeit geführt. Ein Koalitionskabinett, wie es Prem Tinsulanonda im Frühjahr 1980 zusammenstellen konnte, wäre unter anderen Voraussetzungen wohl kaum denkbar gewesen, - auch wenn seither die Wirkung dieser Furcht nachgelassen hat. Aber auch der mißlungene Putsch vom 1. April 1981 hat zweierlei deutlich gemacht:

- In militärischen Kreisen wird die Bedrohung durch Vietnam offenbar nicht als so gravierend angesehen, daß man sich nicht den Luxus eines Putschversuches erlauben könnte.
- Andererseits zeigt das Fehlschlagen dieser Unternehmung, daß in weiten Bevölkerungskreisen und offenbar auch für den König die Lage als so ernst gilt, daß innenpolitische Neuerungsversuche gegenwärtig nicht an der Zeit sind.

Noch entscheidender ist jedoch, daß die seit Anfang der 70er Jahre äußerst aktive kommunistische Partei Thailands durch die Wende in der chinesischen Außenpolitik und das Aufbrechen offener Feindseligkeiten zwischen China und Vietnam weitgehend gelähmt ist. Die Partei hat sich in einem Beijing-hörigen und einen Hanoi-hörigen Flügel gespalten, die sich beide erbittert bekämpfen. Zum erstenmal seit langen Jahren konnte die Regierung in Bangkok daher in entlegenen, aber strategisch äußerst wichtigen Gegenden des nordöstlichen Berglandes die Initiative zurückgewinnen.

III

Damit müssen wir uns der Frage nach Lösungsmöglichkeiten des Kambodschakonflikts zuwenden, wobei unter "Lösung" jede bewußt gesteuerte Entwicklung verstanden werden soll, die von allen Beteiligten als besser, stabiler und vor allem legitimationsfähiger betrachtet wird als die gegebene Lage.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich die vielleicht überraschende Einsicht, daß gegenwärtig keiner der Beteiligten die Lage in Kambodscha für unerträglich hält. Trotz anderslautender politischer Erklärungen fehlt auf allen Seiten der Wille, das Risiko einer dynamischen, ungewissen Entwicklung auf sich zu nehmen, solange die gegebene Situation an sich durchaus annehmbar bleibt. Die diplomatischen Bemühungen ASEANs um eine "dritte Kraft" entspringen wohl eher dem Bewußtsein, daß ohne derartige Aktivitäten die Zeit noch stärker für das *fait accompli* arbeiten würde, als daß man sich von diesen Bemühungen echte politische Erfolge verspräche. Die Tatsache, daß eine internationale Kambodscha-Konferenz ohne die Teilnahme Vietnams, als des Hauptbeteiligten oder der Sowjetunion, seines engsten Verbündeten, abgehalten worden ist, bezeugt eher den Willen, die gegenwärtige Situation in der Weltöffentlichkeit im Fluß zu halten als die Absicht, zu irgendwelchen realistischen Lösungsansätzen zu gelangen.

Vietnam betrachtet die Einbeziehung von Laos und Kambodscha in den eigenen Machtbereich als Höhepunkt einer über

hundertjährigen historischen Entwicklung, die lediglich durch das Dazwischenkommen der französischen Kolonialperiode unterbrochen wurde. In der Sicht Hanois erscheint es als unverständlich, weshalb westliche Regierungen eine Hegemonialstellung Vietnams in Laos widerspruchslos hingenommen haben, eine vergleichbare Stellung in Kambodscha jedoch so entschieden bekämpfen.

Die strategische Beherrschung des grenznahen Vorfelds im Westen ist für Vietnam ein kategorischer Imperativ nationaler Sicherheit, wichtiger als alle Fragen wirtschaftlichen oder sozialen Wiederaufbaus. Nach über 40jährigem Kampf gegen ausländische Mächte herrscht in Hanoi eine äußerste Sensibilität in allen Fragen äußerer Sicherheit. Vietnam wird daher unter keinen Umständen einem Lösungsansatz zustimmen, der die langfristige Garantie einer vietnamfreundlichen Regierung in Phnom Penh in Frage stellt, - und solch eine Garantie wird sich ohne militärische Präsenz nicht erhalten lassen.

Das Sicherheitsinteresse Vietnams an Kambodscha wird dadurch noch weiterhin gesteigert, daß Vietnam nicht ganz zu Unrecht vermutet, dort im Grunde dem jahrhundertalten Gegner China gegenüberzustehen, dem gegenüber so etwas wie eine "Erbfeindschaft" besteht, die nur oberflächlich vom gemeinsamen Kampf gegen den amerikanischen "Imperialismus" überlagert war. Vietnam erblickt in der Unterstützung, die China den Khmer Rouge zukommen läßt, ein Vehikel für eine systematische Einkreisungs- und Einschüchterungspolitik. In Kambodscha zurückweichen hieße für Vietnam, den ersten Schritt auf einem Weg zu tun, an dessen Ende nur ein Vasallenverhältnis zu China und die unbestrittene regionale Vormachtstellung Chinas in Südostasien stehen kann. Vietnam wird daher keinen Lösungsansatz mittragen, der in irgendeiner Weise die Präsenz Chinas in Kambodscha sanktioniert. Andererseits scheint sich Vietnam darüber bewußt zu sein, daß es über kurz oder lang zu einer Verständigung mit China gezwungen sein wird. Vietnam hat wiederholt größtes Interesse gezeigt, die nach der "Strafaktion" von 1979 eingeleiteten, dann jedoch bald ausgesetzten bilateralen Gespräche wieder in Gang zu setzen. Den letzten Vorstoß in dieser Richtung hat Hanoi kurz vor der Internationalen Kambodschakonferenz im Juli 1981 unternommen. Bislang haben jedoch die Chinesen keine Bereitschaft gezeigt, diese Kontakte wieder aufleben zu lassen.

Es ist schwer abzuschätzen, wie weit Vietnam in seiner Indochinapolitik Rücksicht auf Interessen der Sowjetunion

nimmt. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Vietnam durchaus gesonnen ist, seine Selbständigkeit gegenüber der Sowjetunion zu wahren. Sollten daher eines Tages die Interessen Vietnams mit denen der Sowjetunion in Konflikt geraten, so ist damit zu rechnen, daß Vietnam zunächst voll die eigenen Interessen durchzusetzen suchen wird. Vielleicht war die überraschende Enthebung Pen Sovans von allen seinen Ämtern ein erster Hinweis auf derartige Divergenzen.

China weiß, daß seine militärische Stärke rein auf defensivem Gebiet liegt und daß die Möglichkeiten, militärische Macht über die eigenen Grenzen hinaus zu projizieren, äußerst gering sind und auf absehbare Zeit auch gering bleiben werden. Bereits der begrenzte "Straffeldzug" gegen Vietnam vom Frühjahr 1979 hat die vollständige Unzulänglichkeit einer mobilen, auf umfangreichen Nachschub angewiesenen chinesischen Kriegsführung erwiesen. China wird daher in Kambodscha nur mittelbar durch die Khmer Rouge wirksam werden können und sich darauf beschränken müssen, im schlimmsten Fall erneut mit einer zweiten Front im Norden Vietnams zu drohen. Aber schon allein zur Sicherung der eigenen Südgrenze ist China daran interessiert, den Kambodschakonflikt zu schüren, um auf diese Weise wesentliche Teile des vietnamesischen Militärpotentials in Indochina zu binden und von den eigenen Grenzen fernzuhalten. China scheint daher von allen Betroffenen gegenwärtig das geringste Interesse an einer politischen Lösung des Kambodschaproblems zu haben. Dies ist auch durch das Verhalten Chinas auf der Kambodscha-Konferenz in New York deutlich geworden, als China sich energisch und erfolgreich gegen jede Formulierung wandte, die eine Entwaffnung der in Kambodscha operierenden Khmer Rouge vorgesehen hätte. Chinas Weigerung, den politischen Dialog mit Hanoi wieder aufzunehmen, deutet in die gleiche Richtung. Außerdem kann China nicht daran gelegen sein, daß Vietnam die Gelegenheit erhält, die eigene wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Zumindest ist China darauf bedacht, einen nachhaltigen Vorsprung gegenüber Vietnam bei der Modernisierung der eigenen Wirtschaft zu gewinnen. Chinas Interesse geht daher ganz darauf hin, vorerst jede diplomatische Lösung der Kambodschafrage zu vereiteln und Vietnam zunehmend militärisch und wirtschaftlich unter Druck zu setzen, denn China sieht sich seinerseits auch der Gefahr einer Einkreisung und der Erringung einer regionalen Vormachtstellung durch die Sowjetunion ausgesetzt.

Die Indochinapolitik der Sowjetunion wird im wesentlichen von drei Parametern bestimmt:

- dem strategischen Antagonismus zu China
- dem Interesse an Stützpunkten für eine globale Präsenz der Roten Flotte und
- der Notwendigkeit, sich als zuverlässiger Partner für revolutionäre kommunistische Bewegungen zu bewähren.

Die Sowjetunion wird durch wirtschaftlichen Druck nicht zu einer Änderung ihrer Indochinapolitik zu bewegen sein. Vor allem wird auch die Sowjetunion keine Lösung mittragen, die China Möglichkeiten zur Einflußnahme in Südostasien beläßt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben bislang ihre Indochinapolitik offenbar noch nicht abgeklärt. Viel wird davon abhängen, ob und zu welchen Bedingungen sich die Vereinigten Staaten bereit erklären, in enger militärischer Kooperation mit China Waffen an anti-vietnamesische Widerstandsgruppen zu liefern.

Neben den spezifischen Gesichtspunkten Thailands müssen auch die übrigen vier ASEAN-Mitglieder folgern, daß sich die Bedrohung ihrer inneren Sicherheit durch kommunistische Untergrundorganisationen im Gefolge des Konflikts zwischen China und Vietnam wesentlich verringert hat und daß mittelfristig weder China noch Vietnam es sich leisten können werden, solange sie in den erbitterten Gegensatz über Indochina verwickelt sind, an eine aktive Propagierung ihres Einflusses in Südostasien zu denken. Insofern liegt es im Interesse sämtlicher ASEAN-Staaten, die beiden potentiell bedrohlichen Regionalmächte in der gegenseitigen Konfrontation zu halten. Wodurch sich ASEAN tatsächlich am meisten bedroht fühlt, ist wohl eher die starke sowjetische Präsenz in der Region.

Eine unter Umständen entscheidende Rolle könnten die europäischen Staaten spielen, allen voran Frankreich, das aus der Kolonialzeit her noch über Erfahrung und Autorität verfügt und unter seiner jetzigen Regierung auch das Ohr Vietnams finden könnte. Als einzige westliche Staatengruppe verbinden die europäischen Staaten internationales Gewicht mit dem Fehlen jeglicher unmittelbarer machtpolitischer Interessen in der Region. Bei dem gegebenen Mißtrauen zwischen den Protagonisten des Indochinakonflikts und den Schwierigkeiten, einen Interessenausgleich zu finden, könnte eine europäische Initiative wichtige politische Impulse geben.

Die anti-vietnamesischen Gruppierungen in Kambodscha selbst sind untereinander zu sehr zerstritten, um ernsthaft

Hoffnung auf das Zustandekommen einer stabilen Koalitionsregierung zu geben:

- Die Khmer Rouge haben ihre politische Führungsgruppe nicht geändert. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Politiker, die an ideologischen Vorstellungen während eines fast zehnjährigen Dschungelkrieges festgehalten haben, nunmehr durch einen erneuten Dschungelaufenthalt plötzlich zu einer Revision ihrer ganzen Überzeugungen gebracht werden können.
- Son Sann und Sihanouk sind auf politische Unterstützung gerade derjenigen Bevölkerungsteile angewiesen, die, wie die besitzenden Bürgerschichten, am ehesten eine Rückkehr der Khmer Rouge zu fürchten haben; eine zu enge Assoziierung mit den Khmer Rouge würde diese beiden Politiker ihre gesamte Glaubwürdigkeit kosten.
- Das Zögern der Khmer Rouge, auf die Koalitionsvorschläge Singapurs einzugehen, gleichzeitig jedoch alle Anstrengungen zu unternehmen, durch kosmetische Veränderungen in ihrer Organisation breitere internationale Unterstützung zu gewinnen, läßt den Schluß zu, daß auch die Khmer Rouge letztlich nicht an einer baldigen Lösung interessiert sind, sondern daß sie sich auf einen langfristigen und hartnäckigen Kampf vorbereiten, in dem letztendlich militärische Mittel ausschlaggebend sein sollen.

Trotzdem dürfte die erste Option einer aktiven Kambodscha-politik, nämlich ein militärisch erzwungener Rückzug der vietnamesischen Truppen als realistische Alternative ausscheiden. Lediglich China scheint sich diese Option offenhalten zu wollen.

Eine zweite Option besteht darin, durch wirtschaftlichen Druck Hanoi zu einem Einlenken zu bewegen. Wirtschaftlicher Druck auf ein Land, dessen Bevölkerung an der unteren Armutsgrenze lebt, äußerste Entbehrungen gewohnt ist und materielle Ansprüche einer westlichen Konsumgesellschaft nicht kennt, bietet wenig Aussicht auf Erfolg. Hinzu kommt, daß Vietnam bereits im Verlauf eines langjährigen Krieges immer wieder bewiesen hat, daß es unvorstellbar hohe wirtschaftliche Opfer, wie beispielsweise die Bombardierung Hanois und Haiphongs, hinzunehmen bereit ist, um einen entscheidenden politischen Sieg zu erringen. Warum sollte eine politische Führung, der wider alle Erwartungen allein durch hartnäckiges Durchhalten der Sieg über Franzosen und Amerikaner zugefallen ist, nun plötzlich in der Kambodschafrage kurzfristig aus wirtschaftlichen Gründen zum Einlenken bereit sein?

Es ist für die Einschätzung der Wirksamkeit wirtschaftlicher Sanktionen bezeichnend, daß gerade diejenigen ASEAN-Staaten, die wie Thailand und Singapur Vietnam am entschiedensten politisch zu bekämpfen suchen, alles tun, um ein Übergreifen dieser politischen Konfrontation auf die umfangreichen und gewinnbringenden Handelsbeziehungen zu vermeiden.

Ein dritter Weg, die Lage in Kambodscha zu verändern, sind die diplomatischen Verhandlungen, ein Weg, den die meisten Beteiligten zu gehen versuchen. Hierbei liegt jedoch der entscheidende Vorteil jeweils bei demjenigen, der die Kontrolle über den status quo ausübt, also bei Vietnam. Daher ist jede Verhandlungsstrategie, die nicht die vitalen Sicherheitsinteressen Vietnams berücksichtigt, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Bevölkerung Vietnams ist im Krieg aufgewachsen, diszipliniert und opferbereit. Sie ist vollständig von der Informationspolitik der Regierung abhängig. Die Regierung ist siegesgewohnt und selbst für asiatische Verhältnisse ungewöhnlich ausdauernd und selbstbewußt. Es fällt schwer, einen Gesichtspunkt zu finden, der Hanoi im Verlauf irgendwelcher Verhandlungen zu einem Abrücken von seiner Grundposition in Kambodscha bewegen könnte. Entscheidend wird für den Verlauf aller Verhandlungen sein, ob sich eine Verständigung zwischen China und Vietnam anbahnen läßt oder nicht. Nur eine solche Verständigung würde es ermöglichen, in sinnvoller Weise über die Definition echter Neutralität für Kambodscha zu verhandeln. Gegenwärtig ist das gegenseitige Mißtrauen noch zu groß. Vietnam scheint jedoch stärker um eine Verständigung bemüht zu sein als China. Vietnam wird in den nächsten Jahren versuchen, durch Flexibilität in Verfahrens- und Härte in Sachfragen sowie durch geschicktes Ausnutzen etwaiger Divergenzen zwischen seinen Gegnern - und hier hat die New Yorker Konferenz einige gravierende Divergenzen enthüllt - allmählich eine schrittweise Anerkennung seiner Position in Kambodscha durchzusetzen. In jedem Fall werden ernsthafte Verhandlungen mit Beteiligung Vietnams erst dann in Gang kommen, wenn Vietnam erkennen muß, daß ihm die Anerkennung verweigert wird, und das wird sicherlich noch lange dauern.

Eine vierte Lösungsmöglichkeit bestünde darin, die Heng Samrin Regierung im Gegenzug zu einem vietnamesischen Truppenabzug anzuerkennen und darauf hinzuwirken, daß in Kambodscha eine evolutionäre Entwicklung einsetzt, die allmählich auch innerhalb der Heng Samrin Regierung das

nationale Element und damit den Willen zur staatlichen Selbstbehauptung gegenüber der vietnamesischen Dominanz stärkt. Längerfristig ist anzunehmen, daß auch eine von Vietnam eingesetzte Regierung früher oder später Emanzipationsversuche machen wird, um einer allzu drückenden Vormundschaft Vietnams zu entgehen. Dies scheint ein Weg zu sein, auf den schließlich die beteiligten Staaten zurückfallen müssen, falls sich der Weg diplomatischer Verhandlungen als illusorisch erweist. Diese Option, die auf eine Ausdünnung der vietnamesischen Truppenpräsenz und damit eine Reduzierung der militärischen Spannungen sowie auf eine evolutionäre Erweiterung der dann völkerrechtlich anerkannten Heng Samrin Regierung hinausläuft, dürfte bei anhaltender wirtschaftlicher Erholung des Landes die einzige realistische Lösung sein, die sich auf gewaltlosem Wege erreichen läßt.

Allein China hofft offensichtlich auf eine durch Versorgungsengpässe und totalitäre Repression beschleunigte Destabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse in Vietnam, die nach dem Ableben der gegenwärtigen Führungsgruppe - mit Leuten wie Pham Van Dong, Le Duan, Vo Nguyen Giap und Truong Chinh alles Revolutionäre der ersten Stunde und weit in ihren 70ern - eine pragmatischere, verständigungsbreitere Führung in Hanoi an die Macht bringt. Bisher scheinen jedoch die im Gefolge der neuen Verfassung erfolgten Umbesetzungen in der Führungsgruppe wenig Hoffnung auf solch' einen Wandel in Vietnam aufkommen zu lassen. Vietnam seinerseits ist zuversichtlich, daß die innenpolitischen Probleme der Auseinandersetzung mit der kulturrevolutionären Linken und die enormen organisatorischen Schwierigkeiten bei der forcierten Modernisierung des Landes es der Führung in Beijing zunehmend erschweren wird, eine folgerichtige und entschiedene Außenpolitik in Indochina zu betreiben.

Gegen Druck jeglicher Art wird die gegenwärtige Regierung in Hanoi unempfindlich bleiben. Entscheidend kann allein sein, ob es gelingt, bei prinzipieller Offenhaltung der Kambodschafrage Vietnam zu einer allmählichen Distanzierung von der Sowjetunion und einer verstärkten Hinwendung zur übrigen Welt zu bewegen. Hierzu müßte Vietnam auch weiterhin politisch jede Anerkennung seines *fait accompli* in Kambodscha vorenthalten bleiben; ebenso müßte konsequent jede Hilfeleistung unterbleiben, solange Hanoi in der Indochinafrage intransigent bleibt. Es sollte jedoch ein internationales Eventualprogramm zu umfassender Hilfeleistung in Indochina ausgearbeitet und den drei Staaten Indochinas verbindlich zugesagt werden, sofern ein Abzug vietnamesischer Trup-

pen aus Laos und Kambodscha erreicht wird. Statt eine unrepräsentative und nicht legitimierte Regierung wie die Heng Samrins durch eine ebensowenig legitimierte oder repräsentative Regierung unter Pol Pot, Son Sann und Sihanouk zu ersetzen, sollte als vorrangiges Ziel einer politischen Lösung der Abzug vietnamesischer Truppen und ein höheres Maß an Selbständigkeit für die anderen beiden Indochina-Staaten angestrebt werden, ohne jedoch die gegenwärtige Zusammensetzung der Regierungen in Frage zu ziehen. Zudem sollten weltweit über normale Wirtschaftsbeziehungen Kontakte zu den drei Staaten so weit wie möglich offengehalten werden.

Letztlich liegt der Schlüssel zur Lösung des Kambodscha-konflikts im Verhältnis zwischen Vietnam und der Volksrepublik China. Jeder dieser beiden Staaten fordert gegenwärtig für sich eine ordnungspolitische Vormachtstellung, die er dem anderen abspricht. Letztlich reduziert sich damit die Frage einer aktiven Kambodschapolitik auf die Frage, ob es dritten Staaten möglich ist, in diesem Verhältnis zu vermitteln bzw. ob sich nicht auch China letztlich mit einer de facto bestehenden Vormachtstellung Vietnams in Indochina abfinden kann, sofern ein solches Vietnam nicht chinafeindlich und mit der Sowjetunion verbündet ist.

Der Schlüssel zur Zukunft Kambodschas liegt somit eindeutig in Beijing, und jede Kambodschapolitik wird letztlich nur dann Erfolg haben, wenn es ihr gelingt, im Verhältnis Vietnams zu China zu vermitteln und den abgebrochenen Dialog wieder anzuknüpfen. Einer Initiative, die von China und Vietnam in gleichem Maße mitgetragen wird, dürfte dann auch die übrige Welt auf die Dauer ihre Zustimmung nicht mehr vorenthalten können.